

123 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

**Einspruch des Bundesrates
gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates
vom 21. Oktober 1983 betreffend ein Bundes-
gesetz, mit dem das Gewerbliche Sozialversi-
cherungsgesetz geändert wird (8. Novelle zum
Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz)**

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER VORSITZENDE DES BUNDESRATES
Zl. 188/2-BR/83

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den
Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 21. Okto-
ber 1983 betreffend ein

Bundesgesetz, mit dem das Gewerbliche Sozial-
versicherungsgesetz geändert wird (8. Novelle
zum Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz)
in Verhandlung genommen und beschlossen, gegen
diesen Gesetzesbeschluß mit der angeschlossenen
Begründung **Einspruch** zu erheben. %

Hievon beehre ich mich im Sinne des Art. 42
Abs. 3 B-VG die Mitteilung zu machen.

Unter einem wird der Einspruch des Bundesrates
auch dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis
gebracht.

8. November 1983

Göschelbauer

/%

**Begründung
des Einspruches des Bundesrates vom
8. November 1983 betreffend den Gesetzesbe-
schluß des Nationalrates vom 21. Oktober
1983 über ein Bundesgesetz, mit dem das
Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geän-
dert wird (8. Novelle zum Gewerblichen
Sozialversicherungsgesetz)**

Die 8. Novelle zum Gewerblichen Sozialversi-
cherungsgesetz ist vor allem durch zwei Maßnah-
men gekennzeichnet, die Verschärfung der
Ruhensbestimmungen und die Beitragserhöhung in
der Pensionsversicherung. So ist eine Erhöhung des
Beitragssatzes von 11% auf 12% vorgesehen, was
eine Beitragserhöhung von 9,1% bedeutet. Allein
dadurch würden die Versicherten nach dem
Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz um über
200 Millionen Schilling mehrbelastet.

Was die Verschärfung der Ruhensbestimmungen
angeht, enthält dieser Gesetzesbeschluß folgende
Regelungen: so wurden die Freigrenzen von
5 959,— S auf 3 200,— S bzw. von 10 247,— S auf
7 000,— S herabgesetzt. Das heißt, das bei Ein-
kommen aus selbständiger Tätigkeit von mehr als
3 200,— S monatlich die Pension bis zur Höhe des
Grundbetrages ruht (das sind rund 40—50% der
Pension). Die zweite Freigrenze betrifft die Summe
von Pension und Erwerbseinkommen. Nur die

Hinterbliebenenpensionen sind von dieser Ver-
schärfung ausgeschlossen.

Die Bezieher von vorzeitigen Alterspensionen
dürfen nach diesem Gesetzesbeschluß hinkünftig
nur mehr 2 150,— S dazuverdienen (Geringfügig-
keitsgrenze) statt bisher 3 195,— S.

Insgesamt bringt das Belastungspaket der soziali-
stischen Koalitionsregierung 30 Milliarden Schil-
ling Belastungen und nur knapp 2 Milliarden Schil-
ling Einsparungen.

Die Auswirkungen dieser Politik werden alle
Österreicherinnen und Österreicher sehr rasch zu
spüren bekommen.

Nach übereinstimmenden Aussagen der Österrei-
chischen Wirtschaftsforschungsinstitute werden
folgende Auswirkungen erwartet:

- Die Inflationsrate wird im nächsten Jahr um
1¼ Prozentpunkte erhöht (also um die Hälfte).
- Das Wirtschaftswachstum wird real von 1,5%
auf 0,5% gesenkt (also um zwei Drittel).
- Die Arbeitslosenrate steigt um 0,7 Prozent-
punkte bzw. fast 20 000 Personen.
- Die Realeinkommen werden um einen Prozent-
punkt verringert und
- der private Konsum, der derzeit im Ausland
einen wesentlichen Wirtschaftsmotor darstellt,
wird um 2,5 Prozentpunkte verringert.

2

123 der Beilagen

Das auf Mallorca erfundene und durch die derzeitige Bundesregierung noch erweiterte Belastungspaket trifft also nicht nur die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen besonders stark, sondern es ist auch ein echter Hemmschuh für einen

möglichen Wirtschaftsaufschwung. Das Steuerpaket bewirkt eine Umverteilung zum Staat, verlangt von den Bürgern beträchtliche Opfer und gefährdet Tausende Arbeitsplätze, ohne den Staatshaushalt zu sanieren.